

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnenten nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Bestimmungen entgegen. — Preisliste separat. — Druckerei: Auerbach Nr. 23.

Redaktionspreis: Die Anzeigerpreise sind für den Abnehmer zu verstehen. — Preisliste separat. — Druckerei: Auerbach Nr. 23.

Telegraphische Anzeiger für das Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt-Nr. 100

Nr. 288

Sonnabend, den 12. Dezember 1925

20. Jahrgang

Die „16 Punkte“ der Sozialdemokraten. Zur großen Koalition.

Nach der Plenarsitzung des Reichstages am Donnerstag nachmittag traten die meisten Reichstagsfraktionen gegen fünf Uhr zu Sitzungen zusammen. Mit der Frage der Regierungsbildung beschäftigte sich jedoch nur die Fraktion der sozialdemokratischen Partei. Die Fraktionen der Demokraten, des Zentrums, der Christlichnationalen und der Bayerischen Volkspartei besprachen soziale Fragen, vor allem die Frage der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Die sozialdemokratische Fraktion verhandelte über die Frage der Regierungsbildung etwa noch zwei Stunden. Sie beschloß, sich an der Fortsetzung der Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition zu beteiligen. Weiter beschloß sie jedoch, dem Reichspräsidenten v. Hindenburg eine Reihe von Voraussetzungen für die eventuelle Beteiligung an der Bildung der großen Koalition zu überreichen. Diese Forderungen sind in 16 Punkten zusammengefaßt, von denen die wichtigsten lauten:

1. Schutz der republikanischen Staatsform und der Weimarer Verfassung.
2. Energetische Bekämpfung aller durch die Verfassung und die Republik gerichteten Bestrebungen.
3. Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag. (Es ist daran zu erinnern, daß Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sich nach anfänglicher Genervtheit bereit erklärt hat, dem Reichstag die Ratifizierung zu empfehlen.)
4. Keine Verminderung der Besitzsteuer, wenn nicht auch die Verbrauchssteuern ermäßigt werden.
5. Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge.
6. Ein Arbeitszeitgesetz.
7. Erhöhung der Beamtenbesoldung, besonders bei den unteren Beamtenklassen.
8. Deffentliche Auflegung der Steuerlisten.

Es wird von unterrichteten Kreisen darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen Punkten nicht etwa um ultimative Forderungen handelt, sondern um

Erörterung eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes,

das von den Sozialdemokraten für die Verhandlungen zur Erörterung gestellt wird.

Berlin, 11. Dez. Nachdem die Reichstagsfraktionen von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemo-

kraten gestern dem Reichspräsidenten die ersten schriftlichen Erklärungen gegeben haben, dürfte, wie die Blätter annehmen, Reichspräsident von Hindenburg eine Persönlichkeit und zwar vorzugsweise Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragen. Der „Volkswachtler“ will allerdings wissen, daß der Erteilung des Auftrags noch eine Besprechung sämtlicher Führer der für die große Koalition in Betracht kommenden Fraktionen beim Reichspräsidenten vorausgehen soll. Der gestrige Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von einer Reihe von Ministern kommentiert. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht von einem launischen Joch der Sozialdemokraten und glaubt nicht, daß auf Grund der sozialdemokratischen Forderungen noch irgendeine Aussicht nach Verhandlungen über die Bildung der großen Koalition gesichert werden könnten. Während die „Tägliche Rundschau“ seine redaktionelle Äußerung über die Frage der Regierungsbildung enthält, beschäftigt sich die „Germania“ in einem Leitartikel ausführlich damit, in welchem die Frage als ein Führerproblem bezeichnet wird. Es bestände nicht nur ein politischer, sondern auch ein wirtschaftspolitischer Zwang zur großen Koalition. Jetzt komme es auf einen Willen und ein Programm an. Derjenige, der ein solches Programm der Versöhnung und des Ausgleiches schaffe, habe die Unterstützung des Zentrums. Die geborenen Bundesgenossen des Zentrums seien dabei alle diejenigen, denen es nicht in erster Linie darum zu tun ist, vermeintliche Vorteile für die eigene Wirtschaftsgruppe oder für die eigene Partei zu ergattern, sondern die sich bemühen, staatspolitisch zu denken. Die „Kreuzzeitung“ nennt es beachtenswert, daß es sich bei all den in dem sozialdemokratischen Fraktionsbeschlusse enthaltenen Punkten nicht etwa um ultimative Forderungen handle, sondern um Punkte eines gemeinsamen Arbeitsprogrammes, die von der Sozialdemokratie zur Erörterung gestellt werden, also lediglich die Basis von Verhandlungen bilden sollen. Der Weg zur großen Koalition sei in nichts durch die bisherigen Beschlüsse der einzelnen Fraktionen verbaut worden. Der „Vorwärts“ betont, daß das von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellte Arbeitsprogramm sich auf einige Punkte von entscheidender Bedeutung habe beschränken müssen und daß nicht alle berechtigten Wünsche mit aufgenommen werden können, für deren Erfüllung die Partei eintrete.

Weihnachtsferien des Reichstages ab 18. Dezember.

Berlin, 10. Dez. Der Vorkonferenzrat des Reichstages kam in seiner heutigen Sitzung dahin überein, die Beratungen am Freitag, den 18. Dezember, zu oertagen und am 8. oder 10. Januar wieder aufzunehmen.

Vor der Weihnachtspause will der Reichstag noch erledigen: die Erwerbslosenfürsorge, die Beamtenbesoldung, das Lohnsteuergesetz, die deutsch-russischen Handelsverträge und den Gesetzentwurf über die Entlastung des Reichsgerichts. Außerdem ist nach den bisherigen Dispositionen in Aussicht genommen, auch noch die Erklärung der neuen Regierung vor den Weihnachtsferien entgegenzunehmen.

Der Rechtsausschuß des Reichstages für Aufhebung des Staatsgerichtshofs.

Berlin, 10. Dez. Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde heute eine Entschließung angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, schleunigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik aufgehoben werden soll.

Zurückziehung französischer Regimenter aus dem Rheinland.

Paris, 10. Dez. Nach dem „Petit Parisien“ werden das 82., das 130. und das 133. Artillerieregiment aus dem Rheinland zurückgezogen werden. Das 82. und das 133. Regiment würden aufgelöst, das 130. nach Frankreich zurückverlegt werden.

Der heffische Landtag zur Frage des Besatzungsregimes.

Darmstadt, 10. Dez. In der heutigen Sitzung des heffischen Landtages wurde ein von sämtlichen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachter Antrag angenommen, worin es heißt: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die nach Annahme des Vertragswerkes von Bucarno zu erwartenden Besatzungen im besetzten Gebiet in möglichst weitem Umfang einströmen. Die Hoffnungen des

besetzten Gebietes sind durch die Befestigung des Defegiertenapparates und durch die Verordnung 308 der Rheinlandkommission bisher nur zu einem geringen Teil erfüllt worden. In wesentlichen Punkten, so bezüglich der Militärgerichtsbarkeit, des Ausweisungsrechts der Rheinlandkommission, der die deutsche Justizbehörde einschneidenden Vorschriften, der Passpflicht und der Beschränkungen des Vereinsrechtes ist immer noch nichts geschehen. Das besetzte Gebiet erwartet die gänzliche Aufhebung der von der Rheinlandkommission erlassenen Vorschriften als selbstverständliche Folge der durch Bucarno geänderten politischen Verhältnisse. Insbesondere aber muß der durch die übermäßig starke Besetzung gerade auf dem heffischen besetzten Gebiet, vor allem auf der Stadt Mainz lastende schwere Druck gemildert werden. Jedenfalls muß eine baldige wirksame Abkürzung der Besatzungsfrist energisch gefordert werden. Der Landtag spricht die Erwartung aus, daß es den Bemühungen der Reichs- und der Staatsregierung gelingt, eine sichtbare Herabsetzung der Besatzung und eine grundlegende Änderung des Besatzungsregimes herbeizuführen, mit dem Ziel, für die Bevölkerung des besetzten Gebietes die Besetzung so wenig lästig wie irgend möglich zu gestalten.

Russische Truppenbewegungen an der chinesischen Grenze.

Kolka, 10. Dez. Nachrichten, die das Kriegsministerium aus Chardin erhalten hat, besagen, daß allem Einscheln nach die russischen Truppen an der chinesischen Grenze beschränkt werden.

Vor der Entscheidungsschlacht in China.

London, 10. Dez. Der „Daily Telegraph“ berichtet aus Tokio, die wenigen aus Wuden vorliegenden Nachrichten deuten auf eine bevorstehende endgültige Schlacht auf der Dinte des Jangtse-Flusses hin. Eine amtliche, bei dem Kriegsamte eingegangene Nachricht besagt, daß Tschangtschun sich immer noch in Wuden befindet. General Henschuhana verpflichtete sich in einer Mitteilung an die japanische Regierung, die Interessen Japans in der Wandschun zu schützen.

Die Danziger Presse über die Entscheidung des Völkerbundrates.

Danzig, 10. Dez. Die Danziger Presse nimmt zu der Entscheidung des Völkerbundrates betreffend die polnische Wache auf dem Munitionslagerplatz Westerplatte wie folgt Stellung:

Die demokratische „Danziger Zeitung“ schreibt u. a.: Die Entscheidung in Genf ist gefallen, gemäß nicht im Danziger Sinne, aber man wird sich damit abfinden müssen und schließlich auch abfinden können, da ja wenigstens zu einem Teil dem Danziger Standpunkt Rechnung getragen ist, daß

die polnischen Soldaten in Uniform das Danziger Stadtbild nicht betreten dürfen

also die polnische Wache auf der Westerplatte der Deffentlichkeit unsichtbar gemacht ist. Wenn Polen, wie Minister Strahburger in der gestrigen Völkerbundratsitzung ausdrücklich betonte, wirklich die polnische Wache ausschließlich zu Wachzwecken verwenden will, dürfte es Polen nicht schwer fallen, Danzig in dieser Frage entgegenzukommen; denn schließlich kommt es auf das Gleiche heraus, ob einer zivilen oder militärischen Wachmannschaft das Munitionslager unter Obhut gestellt ist. Bei einer Wachmannschaft mit zivilen Charakter wäre auch — das wurde gestern vom Senatspräsidenten Sahn treffend betont — noch die Möglichkeit eines Zusammenarbeitens zwischen der polnischen und der Danziger Schutzpolizei gegeben. Die Sicherheit des Munitionsdepots würde also durch eine solche Regelung nach erhöht.

In der sozialdemokratischen „Danziger Volksstimme“ liest man: Die Entscheidung des Völkerbundrates wird den Wünschen der Danziger Bevölkerung, wie sie erneut in der vorigen Woche durch die von der Mehrheit des Völkerbundrates gefasste Entschließung zum Ausdruck kam, nicht gerecht. Das aber war schließlich vorauszusetzen, nachdem der Völkerbundrat feierlich Polen das Recht zuerkannt hatte, auf der Westerplatte einen Munitionshafen zu errichten. Die Entscheidung ist jedoch so gefallen, daß Danzig sich mit ihr trotz einzelner Bedenken abfinden kann. Die Hauptbedenken, die man in Danzig hegte, daß sich durch die polnische Munitionswache eine militärische Basis Polens in Danzig entwickeln würde, sind durch die Entscheidung zerstreut worden. Wir hoffen, daß es in späteren Verhandlungen zwischen Polen und Danzig gelingen wird, die Unregung des schwedischen Vertreters Lunden, der militärischen Wache einen zivilen Charakter zu geben, in die Tat umzusetzen, so daß die polnische Munitionswache ausschließlich den Charakter einer polizeilichen Wachmannschaft erhält. Das wäre eine Lösung, die von Danzig als durchaus günstig angesehen würde und die Polen trotzdem die genügende Sicherheit für sein Munitionslager gibt.

Das Zentrumsorgan „Die Danziger Landeszeitung“ führt u. a. aus: Gewiß, die Westerplatte werden die Danziger niemals verschmerzen. Sie werden die Anlage dieses Munitionsdepots stets als überflüssig und für Danzig gefährlich bezeichnen, sowohl in Friedenszeiten wie besonders im Kriege. Aber nun ist endlich Klarheit geschaffen und eine der Reibungsflächen zwischen Danzig und Polen, die beide aus friedlichen verständnisvolles Zusammenarbeiten angewiesen sind, ist beseitigt, wenn die Westerplatte auch weiter ein Dorn im Fleische Danzigs bleibt. Besonders bedeutsam bei der Entscheidung ist das: es bleibt nach wie vor ausgeschlossen, daß die polnische Kriegsflotte im Hafen von Westerplatte stationiert wird.

Hier ist der Standpunkt Danzigs anerkannt. Polen hat nun seinen Kriegshafen in Gdingen und die polnische Flotte hat aus dem Danziger Gebiet zu verschwinden. Kommt Polen diesem Spruch und diesen wahrlich gerechten Forderungen Danzigs nach, so ist ein weiteres Reibungsfläche beseitigt. Immerhin bedauerlich bleibt, daß nicht auch in der Frage, ob die polnische Kriegsflotte Danzig als Anlegeplatz benutzen darf, Klarheit geschaffen ist. Neben der Begründung, die das Verdragsartikel Linnons de Deon seinem Entschuldigungsvertrag gegeben hat, weshalb er diese Militärwache von 88 Mann für nötig hält, schweden verständigere Reden. Sollten sich die bisher eingetroffenen Nachrichten aber bewahrheiten, dann wäre durch diese Begründung wieder erwiesen, wie wenig man die wahren Verhältnisse in Danzig kennt, wie verheißlich und gefährlich andererseits gewisse Kreise mit ihrer Soldatenpolitik in Danzig handeln.

Die deutschnationalen „Danziger Allgemeine Zeitung“ schreibt u. a.: Die schwebende Völkerbundratsentscheidung entspricht in keiner Weise den berechtigten Vorstellungen, die Danzig in der Frage der polnischen Militärwache erheben hat. Es ist von Danziger Seite